

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 14. Oktober 1954Die Massnahmen der Bundesregierung gegen die Arbeitslosigkeit im letzten WinterEntscheidende Besserung durch aktive Beschäftigungspolitik207/A.B.

zu 118/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Auf eine im Februar 1954 eingebrachte Anfrage der Abg. K a n d u t s c h und Genossen, betreffend die dauernde Zunahme der Arbeitslosenziffer, hat nunmehr Bundeskanzler Ing. R a a b namens der Bundesregierung folgende Antwort erteilt:

ad Pkt. 1 der Anfrage (welche Umstände nach Auffassung der Regierung die Zunahme der Arbeitslosigkeit im letzten Winter verursacht haben und welche Massnahmen die Regierung getroffen hat): Die Zahl der Arbeitslosen ist - nach Mitteilungen des Bundesministeriums für soziale Verwaltung - vom August 1953 bis Ende Jänner 1954 um 170.345 Personen auf 299.548 gestiegen. 72 % der Steigerung entfallen auf die Berufsklassen Bauberufe, land- und forstwirtschaftliche Berufe, Stein-, Erdengewinner und -bearbeiter, Glasmacher und auf Hilfsberufe allgemeiner Art, also auf Berufsklassen, die stark witterungsbedingt sind. Der Rückgang der Beschäftigung um 150.543 weist die gleiche Verteilung in den entsprechenden Betriebsklassen auf. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit ist also in grossem Ausmass witterungsbedingt gewesen. Immerhin ist ein noch massgeblicher Teil der Arbeitslosigkeit (28 %) auf andere Ursachen zurückzuführen, was aus einem Vergleich der Stände der Arbeitslosen und Beschäftigten in den Jahren 1952 und 1953 geschlossen werden kann, wo die Witterung keine Rolle spielte und eine lebhafte Arbeitstätigkeit herrschte.

Die Steigerung betraf neben den Bauberufen vor allem die Metallgewinner und -bearbeiter, die BekleidungsHersteller, die Textilberufe und die Holz^{be}arbeiter. Der Rückgang der Beschäftigung im gleichen Zeitraum betrug 69.916 und betraf die entsprechenden Betriebsklassen.

Die Ursachen dieser Entwicklung dürften nach Ansicht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vor allem mit veranlasst gewesen sein durch:

Eine ~~Wohl~~ häufige bauliche Investitionstätigkeit auch infolge Beendigung von Industriebauvorhaben und Einschränkung der Bauhilfen aus Counterpartmitteln,

stärkeren Lagerabbau und Zurückhalten bei der Auffüllung der Lagerbestände,

die Unsicherheit der Weltmarktlage, die zur Zurückhaltung der Industrie führt,

die Auswirkungen verstärkter Rationalisierungsmassnahmen, die Arbeitskräfte durch den Einsatz von Maschinen bei Steigerung der Produktivität freistellten, was auch in der Landwirtschaft festzustellen ist.

Eine weitere Ursache, die auch die Tatsache begründet, dass der Stand der Beschäftigten zum Tiefstand bis zum Jänner 1954 um rund 20.000 geringer gesunken ist, als die Zahl der Arbeitslosen gestiegen ist, liegt in dem verstärkten Einströmen von Frauen, die bisher keine berufliche Arbeit ausübten, wie der vermehrten Einstellung von Jugendlichen infolge Erhöhung der Schulentlassungsjahrgänge.

Was die in der Anfrage wiederholte Behauptung betrifft, dass der Herr Finanzminister die zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit bereitgestellten Mittel nicht in dem Masse freigegeben habe, wie dies im Ministerrat beschlossen worden sei, verweise ich darauf, dass nach dem Bericht des Bundesministeriums für Finanzen die vom Bundesministerium für soziale Verwaltung zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit bei Kap. 15, Tit. 3, § 1, UT 1, produktive Arbeitslosenfürsorge, angeforderten Beträge ungekürzt zugewiesen wurden.

Die entsprechenden Ziffern sind:

Jänner 1954	3,620.000 S
Februar 1954	6,000.000 S
März 1954	7,500.000 S

Es wurden ferner bei den drei massgeblichen grössten Bundesbetrieben in den ersten drei Monaten des Jahres 1954 die im Bundesvoranschlag für Investitionszwecke vorgesehenen Mittel auf Grund der vereinbarten Zahlungspläne bzw. der übermittelten Anträge zugewiesen. Im einzelnen wurden in den Monaten Jänner bis März 1954 für Investitionen folgende Mittel zugewiesen:

Anlagen und a.o. Gebarung
Jänner - März 1954

Bundesbetriebe	Investitionen	im wirtschaftl. Sinne	Summe
	laufende Gebarung	a.o. Aufwand	
	S c h i l l i n g		
Post- u. Telegr. Anst. Kap. 28/1	33,993.400	57,225.900	91,219.300
Österr. Bundesforste Kap. 28/3	315.000	3,930.000	4,245.000
Österr. Bundesbahnen Kap. 29	49,314.000	94,655.000	143,969.000

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

16. Oktober 1954

Auf dem Bausektor wurden in den Monaten Jänner bis März 1954 jene Beträge zugewiesen, die auf Grund der Zahlungspläne mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau vereinbart waren. Darüber hinaus wurde im Monat Februar von den im Budget vorgesehenen Beiträgen zum Wohnhauswiederaufbaufonds von 46 Millionen eine Rate von 10 Millionen Schilling flüssiggemacht, das ist um ca. 3 Millionen Schilling mehr, als der Monatsquote entsprochen hätte.

Auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft wurden im Zuge der Kleinstkreditaktion von Jänner bis März rund 4,6 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Zur Sicherstellung der Investitionstätigkeit des Bundes wurden folgende Kreditoperationen durchgeführt:

Energieanleihe 1953, deren Erlöse zu einem Drittel für die Weiterführung der Elektrifizierung der Bundesbahnen eingesetzt werden,

die Opernanleihe für den Wiederaufbau der Staatsoper und des Burgtheaters,

eine 600 Millionenanleihe zum Wiederaufbau von Bahnhöfen und zur Elektrifizierung der Bundesbahnen.

Durch Übernahme der Staatsgarantie wurde der nicht vom Bund verwendete Hauptanteil der Energieanleihe 1953 für die Energiewirtschaft zur Verfügung gestellt. Es ist ferner geplant, die Bundeshaftung im Sinne des Bundesgesetzes über die Aufnahme von Anleihen in fremder Währung zugunsten von Kreditoperationen der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung auszusprechen, wodurch die Energiewirtschaft voraussichtlich in kürzester Zeit in die Lage versetzt wird, zusätzliche grosse Projekte in Angriff zu nehmen bzw. zu vollenden.

Bei den rund 300.000 Stellensuchenden, welche während des vergangenen Winters registriert wurden, handelt es sich sowohl um eine strukturelle als auch um eine saisonbedingte Arbeitslosigkeit. Erstere entsteht immer dann, wenn die Produktionsstruktur und damit die geographische Verteilung und fachliche Gliederung der Arbeiterschaft nicht mit der Nachfragestruktur übereinstimmt. Durch den Zerfall des grossen österreichisch-ungarischen Wirtschaftskörpers im Jahre 1918 gingen den auf dem Gebiet der derzeitigen Republik befindlichen Unternehmungen die wichtigsten Absatzmärkte verloren. Ähnliches wiederholte sich anlässlich des Zusammenbruchs der Internationalen Zahlungsgemeinschaft im Jahre 1931

und der Wiedergewinnung der Selbständigkeit im Jahre 1945. Diese Ereignisse brachten plötzliche und sehr tiefgreifende Veränderungen der Nachfrage mit sich, an die sich unsere Wirtschaft bis zum heutigen Tage aus verschiedenen Gründen, deren wichtigster wohl der Kapitalmangel sein dürfte, nicht restlos anpassen konnte.

Was die saisonbedingte Arbeitslosigkeit betrifft, so hat es dieselbe immer gegeben. Der Einfluss der Witterung auf den Beschäftigtenstand wird sich nie vollständig ausschalten lassen. Es kann allerdings nicht bestritten werden, dass diese Form der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren durch die Überbesetzung der Bauwirtschaft und anderer, den Einflüssen der Witterung besonders ausgesetzter Industriezweige stark gestiegen ist.

Für zukünftige beschäftigungspolitische Massnahmen ist das Verhältnis der saisonbedingten zur strukturellen Arbeitslosigkeit wichtig. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung bereitet daher eine umfangreiche Arbeitsmarktanalyse vor, welche das notwendige statistische Material für die Beantwortung dieser Frage enthalten wird. Aus dem letzten Monatsbericht des Institutes für Wirtschaftsforschung kann man sich aber schon ein Bild über die Grössenordnungen auf diesem Gebiete machen. von den 300.000 vorgemerkten Stellensuchenden waren rund 40.000 wegen ihres hohen Alters oder aus sonstigen Gründen nur beschränkt vermittlungsfähig, 115.000 kamen aus der Bauwirtschaft. Ihre Beschäftigungslosigkeit war somit saisonbedingt. Das gleiche dürfte für etwa 30.000 Stellensuchende in der Land- und Forstwirtschaft, der Steinindustrie, der Holzverarbeitenden Industrie und dem Gastgewerbe, bei welchen die Beschäftigung auch jahreszeitlichen Schwankungen unterworfen ist, gelten. Die Behebung struktureller Arbeitslosigkeit erfordert eine Kapitalversorgung und eine konstante, auf die Stabilität der Währung und das Vertrauen in den wirtschaftlichen Aufstieg gerichtete Politik.

Aus diesen Tatsachen muss wohl geschlossen werden, dass seitens der Bundesregierung hinreichende Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt wurden.

Daneben muss aber auch noch berücksichtigt werden, dass die verminderte Leistungsfähigkeit infolge der ungenügenden Versorgung in den ersten Nachkriegsjahren und der gesteigerte Bedarf an Arbeitskräften zur Beseitigung der reinen Kriegszerstörungen und zur Durchführung der

5. Beiblatt**Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 10. Oktober 1954**

Aufräumungsarbeiten zu einem überaus starken Zustrom von branchenfremden Arbeitskräften in das Baugewerbe geführt hat. Diese Zuwanderung von Arbeitskräften hat die Zahl der im Baugewerbe Tätigen einschliesslich der gemeldeten Arbeitslosen des Baugewerbes von ca. 140.000 in der Vorkriegszeit auf über 211.000 im Jahre 1951 ansteigen lassen. Da ein Grossteil der eigentlichen Wiederaufbauarbeiten und der Beseitigung der Kriegszerstörungen mit dem Ende des Jahres 1951 abgeschlossen war, ergab sich dadurch neben der normalen saisonbedingten Arbeitslosigkeit eine fort-dauernde Überbesetzung im Baugewerbe, die bereits einen strukturellen Charakter trägt, da mit dem Abschluss des grössten Teiles der Wiederaufbauarbeiten der Bedarf an Arbeitskräften im Baugewerbe automatisch zurückging.

Es ist klar, dass unter diesen Umständen die vom Bundesministerium für soziale Verwaltung in seiner Stellungnahme angeführten Gründe für die Arbeitslosigkeit sowie die für die stark exportorientierte österreichische Produktion besonders fühlbaren Konjunkturschwankungen auf dem Weltmarkt starke Auswirkungen fanden.

ad Pkt. 2 der Anfrage (in welcher Weise trotz Divergenzen zwischen den Regierungsparteien eine Besserung der Situation erreicht werden kann): Was die Beschäftigungspolitik betrifft, besteht die Verschiedenheit ^{beiden} der Meinungen bei den/Regierungsparteien nicht im Ziel, sondern in den Methoden. Während die eine Seite das Hauptgewicht auf öffentliche Arbeiten legt und von der Bereitstellung entsprechender Mittel aus dem Budget eine entscheidende Besserung erwartet, sieht die andere Seite die Möglichkeit einer dauernden Lösung des Beschäftigungsproblems vor allem in einer konstanten auf die Stabilität des Geldwertes gerichteten Wirtschaftspolitik, in steuerpolitischen Massnahmen, welche die private Kapitalbildung und Verwendung anregen, und in der Exportförderung. Die Differenzen in den Auffassungen liegen somit hauptsächlich bei der Frage der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung. Die eine Seite legt den Akzent auf Zwangsbeiträge in Form von öffentlichen Abgaben, die andere auf die freiwilligen Leistungen der Sparer.

Trotz dieser Divergenzen lässt sich eine aktive Beschäftigungspolitik verfolgen. Seitdem von der Seite des Budgets und der Zahlungsbilanz die Gefahren beseitigt wurden, welche die wirtschaftliche Entwicklung bedrohten, kann der Staat Ahnleihen auflegen und Kreditoperationen durchführen

und auf dieser Grundlage eine umfangreiche Investitionstätigkeit entfalten. Die Beschäftigungslage dürfte sich auf die Dauer entscheidend bessern, da dem privaten Sektor durch die Beschliessung der sogenannten Kapitalmarktgesetze Finanzierungsmöglichkeiten für seine Investitionen erschlossen sind.

ad Pkt. 3 der Anfrage (wie ein allfälliger Missbrauch der Arbeitslosenversicherung zu unterbinden ist): Unter Missbrauch der Arbeitslosenversicherung werden jene Fälle verstanden, in denen sich Personen durch Verschweigung massgeblicher Tatsachen oder durch unwahre Angaben ungerechtfertigterweise in den Genuss von Leistungen der Arbeitslosenversicherung setzen. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um jene Fälle, in denen Personen dem Arbeitsamt nicht angeben, dass sie in Beschäftigung stehen oder - sofern es sich um Bezieher von Notstandshilfe handelt - verschweigen, dass sie selbst oder ihre Angehörigen ein ^{das} ~~die~~ Notlage ausschliessen/Einkommen haben.

Um solchen Missbräuchen entgegenzuwirken, besteht die Vorschrift, dass den Arbeitsämtern alle den Krankenkassen von den Dienstgebern gemeldeten Arbeitsantritte bekanntgegeben werden. Ferner ist bei den Arbeitsämtern ein besonderer Kontrolldienst eingerichtet, durch den die Unterstützungsbezieher laufend in gewissen Zeitabständen überprüft werden, ob bei ihnen die Voraussetzungen für den Unterstützungsbezug vorliegen. Es dürfte aber aus diesen Gründen kaum der Stand der Arbeitslosen durch Fälle des Missbrauches in einem wesentlichen Ausmass überhöht sein.

Abschliessend verweise ich auf die seitens der Regierung im Laufe des Jahres ergriffenen Massnahmen zur Steuerung der Arbeitslosenziffer - ich brauche sie ja, da allgemein bekannt ist, nicht näher anzuführen - und glaube, den Erfolg dieser Massnahmen dadurch zu beweisen, dass der Stand der

	vorgemerkten Arbeitssuchenden	krankenversicherten Dienstnehmer
Ende Juli 1954	109.874	2,027.821
Ende August 1954	98.502	2,049.340
Ende September 1954	91.792	2,064.983

beträgt.

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

14. Oktober 1954

Trotz dieser überaus positiven Ergebnisse muss jedoch berücksichtigt werden, dass eine Konjunkturpolitik der öffentlichen Hand immer nur begrenzt wirksam sein kann. Die Beseitigung der strukturellen Arbeitslosenziffer durch konjunkturpolitische Massnahmen dieser Art ist immer nur für einen bestimmten Zeitraum und ein beschränktes Ausmass möglich. Im Prinzip und auf längere Sicht setzt die Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit eine Investitionspolitik voraus, welche vor allem auf die Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze und nicht nur vorübergehender Saisonarbeitsplätze gerichtet ist.

-.-.-.-.-